

Breslauer Neueste Nachrichten

Bezugspreis einschließlich Abtrag für die Woche 60 Goldpfennige der monatlich 2.50 Goldmark. Bei unregelmäßiger Besorgung der Zeitung...

Breslauer General-Anzeiger und General-Anzeiger für Schlesien. Verlagsgesellschaft: Weidenstraße 30 (Christophoriplatz) und Taschenstraße 3/5

Anzeigenpreise: Für 1 Millimeter Höhe einseitig 13 Goldpfennige, Stellengehabe 10 Goldpfennige, Halbtagesanzeigen u. 20 Goldpfennige...

38. Jahrgang

Sonntag, den 11. Januar 1925

Nr. 10 — II. Ausgabe

Eisenbahnfragen.

Der Generaldirektor der deutschen Reichseisenbahnen hat am vergangenen Donnerstag vor Vertretern der Presse die wirtschaftliche Lage seiner Gesellschaft dargestellt...

Wir müssen uns bei der Beurteilung aller der Reichsbahn betreffenden Fragen heute vor Augen halten, daß sie gegen früher völlig ihren Charakter geändert hat und zwar nicht nur in rechtlicher Beziehung...

Man liegt der Schwerepunkt des deutschen Eisenbahnwesens für die Volkswirtschaft allerdings nicht im Personellen, sondern im Güterverkehr. Es gibt keine Ware, die auf ihrem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher nicht mindestens einmal die Eisenbahn benutzen muß...

Euthers Rücksprache mit den Parteiführern. Nach kein Auftrag zur Regierungsbildung.

Telegramm unseres Korrespondenten

Berlin, 10. Januar. Im weiteren Verlaufe seiner Besprechungen empfing der Reichsfinanzminister auch den Zentrumsgesandten Lehmannsdorff, den Abgeordneten Reich von der Bayerischen Volkspartei und den Abgeordneten Drewitz von der Wirtschaftspartei...

In den vielfältigen Besprechungen, die der Finanzminister geführt hat, erscheint besonders erwähnenswert, daß der demokratische Führer Abgeordneter Koch dem Finanzminister im Namen der demokratischen Reichstagsfraktion erklärte, daß der Eintritt der Demokraten in ein Kabinett Euther oder dessen Unterführung durch die demokratische Fraktion nicht in Frage komme.

Der Finanzminister hat außerdem mit den Führern der NSDAP verhandelt, und man gewinnt aus den ruhigen Besprechungen den Eindruck, daß das Kabinett Euther wohl zu Stande kommen dürfte. Personenträger sind im Augenblick jedoch noch nicht sprachlich.

Im der Reichspräsident hat allerdings noch nicht auf eine Kombination Euther unbedingt festgelegt hat, dafür spricht, daß auch der Umstand, daß er heute vormittag noch einmal den Führer der Sozialdemokraten, den Abgeordneten Frank empfangen hat. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Führer der sozialdemokratischen Partei, wie auch die morgen im „Vorwärts“ schon angekündigte wurde, daß die sozialdemokratische Partei bereit sei, unter Umständen die Regierung zu übernehmen. Praktisch kommt allerdings dieser Weg vornehmlich nicht mehr in Frage.

Unser Berliner Bureau mitteilt, ist die Vertraulichkeit Euthers mit der Regierungsbildung in den spätmittagsstunden zu erwarten. Gegenwärtig sind noch Verhandlungen mit den Fraktionen im Gange, von deren Ergebnis die Kabinettsfrage abhängt.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 10. Januar. Der Reichspräsident Ebert hat heute mittag im Reichstagspräsidialgebäude den gestern angekündigten Gegenbesuch empfangen. Der Reichspräsident teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß Dr. Euther den Auftrag zur Bildung einer Regierung noch nicht angenommen habe, sondern zunächst Rücksprache mit den Parteiführern nehmen werde.

Der Reichspräsident hielt es aber für fraglos, daß für die nächste Sitzung des Reichstages am Mittwoch die Erklärung der neuen Regierung auf die Tagesordnung gesetzt werden könne.

Ein Besuch schloß sich eine zwanglose Unterhaltung.

deutscher Reichseisenbahn niemals die Lebensbedürfnisse der deutschen Volkswirtschaft im allgemeinen und die der schlesischen Produktion im besonderen aus den Augen verlieren dürfen und sie in ihrem Existenzkampf durch Voranschauung und Notartikeln unterstützen müssen. Denn Schlesien bildet mehr denn je heute den wichtigsten Vorposten des Reiches, der in kommenden Jahren aller Voraussicht nach in der deutschen Volkswirtschaft eine große Rolle spielen wird.

Scharfe polnische Note an Danzig.

Berlin, 10. Januar. Wie aus Polen verlautet, hat der polnische Reichspräsident Ebert die Antwort des Danziger Senats der polnischen Regierung nicht genügt. In einer Note verlangt die polnische Regierung eine persönliche Entschuldigung und eine Verstrafung der Polizeibehörden, die die Überführung der polnischen Briefkästen durch schwarz-weiß-rote Farben gebildet haben.

Die Beziehungen der Reichspost zum Varnatkonjern.

Einige neue Darstellungen.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 10. Januar. Das 8-Uhr-Abendblatt will aus bester Quelle über die Beziehungen der Post zum Varnatkonjern eine Reihe Nachrichten erfahren haben, die die teilweise recht sensationellen Meldungen in einem anderen Lichte erscheinen lassen.

Das Blatt teilt u. a. mit, im Sommer vergangenen Jahres seien im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsbankpräsidenten hinsichtlich der Verwendung und Anlage der postalischen Gelder aufgestellt worden, denen der Verwaltungsrat der Reichspost zugestimmt habe. Der Reichspostminister vertritt, als seinerzeit der Varnatkonjern an ihn herangetreten sei und für einige seiner Industrienunternehmen um Kreditgewährung nachsuchte. Der gesamte Kredit in Höhe von 14 1/2 Millionen Goldmark sei den betreffenden Werken ausbezahlt, bei denen die Existenz von vielen Tausenden Arbeitern und Angestellten auf dem Spiele gestanden habe.

Der Untersuchungsrichter hat inzwischen die Kortsaner der Post für die Gebrüder Varnat beschlossen. Die Berechnung wird mit größter Besorgsamkeit weiter fortgesetzt, dürfte aber wohl noch eine Woche in Anspruch nehmen. Die Sanierung des Varnatkonjerns wird voraussichtlich einer Treuhänderarmee übergeben werden.

Berlin, 10. Januar. Gegenüber den Meldungen, daß auch ein Zusammenhang der Varnat-Affäre mit dem Reichspräsidenten Ebert bestehe, wird amtlich festgestellt, daß von dem Reichspräsidenten Ebert weder die Ausheilung eines Vikiums für die Gebrüder Varnat veranlaßt, noch auch ihnen eine Empfehlung gegeben worden ist.

Auch durch das Bureau des Reichspräsidenten sind beratende Maßnahmen nicht getroffen worden, wohl aber hat im Frühjahr des Jahres 1919 der damals im Bureau des Reichspräsidenten beschäftigt gewesen und inzwischen verstorbenen sozialdemokratische Abgeordnete Franz Krüger eigenmächtig und mißbräulich ein derartiges Vikium beantragt und auch eine Empfehlung für die Gebrüder Varnat durchgesetzt. Seitens des Reichspräsidenten ist in schriftlicher Form dieses Verhalten sofort aus schärfster gerügt worden; ferner sind von ihm Vorkehrungen getroffen worden, die eine Wiederholung unmöglich machen.

Die Kölner Protestversammlungen verboten.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 10. Januar. Aus Köln meldet der „Vorwärts“, die politischen Parteien in Köln hatten für den morgigen Sonntag getrennte Protestversammlungen gegen die Verhängung der Räumung einberufen. Diese Protestversammlungen sind von der Reichsregierung verboten worden.

Berlin, 10. Januar. Die Studentenchaft der Berliner Universität versammelte sich heute vormittag, um gegen die Räumung der Kölner Zone Protest zu erheben. Nach einer Ansprache eines Studenten sprach der Rektor der Universität, Professor Koethe. Er erwähnte die Kommissionen, festzustellen in der alten deutschen Zone. Die Annahme des Versailler Vertrages habe uns dieses Unglück durch den Feindbund gebracht; aber umso mehr lieben wir unser deutsches Vaterland, auch wenn es in Fesseln am Boden liegt. Mit dem Gesang des Deutschlandliedes schloß diese Kundgebung.

In Berlin hatten aus Anlaß der Nichträumung der Kölner Zone das Berliner Rathaus, sowie zahlreiche Privatgebäude Halbtag geschlossen.

Zollpolitische Abtrennung des Saargebietes vom Reich.

Einige neue Darstellungen.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 10. Januar. Aus Anlaß der heute sich vollziehenden zollpolitischen Abtrennung des Saargebietes und seiner wirtschaftspolitischen Angliederung an Frankreich hat der Bund der Saarvereine Berlin, die Vereinigung aller Saar-Deutschen und Saarfranzosen im Reich, an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der es heißt:

Wir erwarten von der deutschen Reichsregierung, daß sie diesen Tag nicht vorübergehen läßt, ohne erneut zu erklären, sie werde mit allem ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür eintreten, daß die Saarfrage eine Lösung findet, die dem Rechte und der Wahrheit, den geschichtlichen Tatsachen und dem Willen der Bevölkerung entspricht. Wir erwarten ferner, daß die deutsche Reichsregierung die Veröffentlichung des französischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten über die Wiederübernahme der Grenzen in Nordfrankreich und über die jetzt schon erreichte Vorkriegsgrenze auf diesen Tagen sich zutun macht, um die Unhaltbarkeit der Aufrechterhaltung der Saarbestimmungen mit allem Nachdruck zu verteidigen. Das Anrecht von Jahre 1919, wie es in Versailles gegen das Saargebiet festgelegt wurde, müßte wieder genehmigt werden. Von der gesamten Weltöffentlichkeit wird erwartet, daß es Treue und Gerechtigkeit dem Saargebiet hält.

Die außenpolitische Lage.

Von Professor Dr. Otto Grottel, M. d. R.

Die Räumungsfrage der Alliierten ist am 6. Januar veröffentlicht, die deutsche Antwort darauf noch an demselben Tage überreicht worden. Beide Dokumente sind nur provisorischer Art. Das der Alliierten vermeintlich auf den endgültigen Schlußbericht der Kommission und die darauf aufbauende Schlussnote. Die deutsche Note kann lediglich gegen den Rechtsstandpunkt oder vielmehr Unrechtsstandpunkt der Alliierten protestieren und muß im übrigen auch abwarten, bis Deutschland im einzelnen bestimmt und amtlich gesagt worden ist, was man ihm vorwirft. Denn das ist das Unrecht an diesem Akt: daß die Sanktionspolitik, daß, während Poincaré derartige Vorwürfe jedesmal wie ein Schwert ausführend begründet, dieses Mal eine Reihe ganz allgemeiner, ganz vager Behauptungen, „beispielsweise“ herausgehoben wird und das Urteil, die Strafmaßnahmen der Räumung, entsprechend wird, ohne Mitteilung des Sachverhaltes an den Beklagten.

Die Durchsicht der englischen Presse ergibt, daß es England dabei selbst nicht wohl ist. Man weiß darauf hin, daß es nötig sei, klipp und klar zu sagen, was man Deutschland vorwirft, und hat ein Gefühl dabei, daß die Weltmeinung sich bei dieser Lage der Dinge gegen England wenden muß. Und der Welt und bei uns hat niemand erwartet, daß Frankreich England antreiben würde, die Bestimmungen des Artikels 42 des Versailler Vertrages einzuhalten. Englands Pflicht war es, auf dem Recht zu bestehen und nicht, wie das jetzt geschieht, eine rechtswidrige Handlung, nämlich die Räumung, durch eine zweite rechtswidrige Handlung, nämlich die Nichträumung der Kölner Zone, zu bekräftigen.

Es wird aber jetzt ganz klar, daß Herrin in den Vorbereitungen zur Londoner Konferenz ausdrücklich ausgesprochen, er könne auf die Pöbelpolitik nur verzichten, wenn Frankreich seine Sicherheitsforderung befriedigt erhalte, und daß Mac Donald das anerkannt hat. Unter der französischen Sicherheitsforderung verstand man damals das in Vorbereitung befindliche Genier Protokoll, das im September angenommen wurde. Mac Donald war bereit, dieses Protokoll zu ratifizieren, das neue englische Kabinett der Konvention sieht sich nicht in der Lage und sieht sich Frankreich gegenüber in der Rolle eines Genossen, der das Verhältnis mit dem bisherigen Genossen nicht nur festhalten, sondern eher noch enger ziehen möchte, und der doch dem anderen in dieser wichtigeren Angelegenheit das Wort nicht gehalten hat.

So ist Chamberlain Frankreich in der Räumungsfrage entgegengekommen und in dieser Beziehung auch die Räumung und die Gefahr des Konfliktes in erster Linie, vor allem in der Richtung, daß damit der Konflikt wahrscheinlich länger Zeit andauern wird. Denn die Forderung: Sicherheit Frankreichs ist leicht ausgesprochen, aber schwer beantwortet. Schon zwischen Engländern und Franzosen ist eine Verständigung darüber nicht leicht. Zwischen Deutschland einerseits und den Alliierten ist sie eigentlich ausgeschlossen. Denn es gibt keine Lösung dieser Sicherheitsfrage in dem Sinne, wie er den Franzosen vorschwebt, die für Deutschland annehmbar sei.

Wir wollen uns darüber klar sein, daß die Kölner Zone nicht geräumt werden wird, solange französische Truppen im Ruhrgebiet stehen und solange nicht die Sicherheitsfrage eine Lösung nach dem französischen Wunsch und der französischen Vorstellung gefunden hat. Man bemüht sich in England, die Lage zu mildern. Man fordert, daß Deutschland Zeit gegeben werde, einige Monate oder wie lange, damit es seine „Verpflichtungen“ in der Entschuldigungsfrage wieder gutmache und dann würde, unter Anerkennung des deutschen Vertragsrechts, die Kölner Zone geräumt werden. Damit bereits gesagt ist, daß dann auch die endgültige Räumung des Ruhrgebietes nach vorwärts gezogen würde und, womit wiederholt gesagt ist, daß über die Sicherheitsfrage mindestens eine Art erster allgemeiner Verständigung erzielt sein müßte. Da in diese Sache auch die Angelegenheit der inaktiven Schulden eingreift, die jetzt in dem am 7. begonnenen Ministerkongress in Paris behandelt wird, so liegt auf der Hand, daß sich Deutschland und auch Europa auf eine Krise von längerer Dauer einrichten muß.

Das ist nicht im Sinne Nordamerikas. Die Annahme des Dawesplans hat die gute Folge, daß Nordamerika auch an dieser Streitfrage wie der Kölner Angelegenheit interessiert wird. Man rechnet, daß Amerika

